

Geschäftsverteilung

View metadata, citation and similar papers at core.ac.uk

brought to you by  **CORE**
provided by  **Internet2**

A. Vorbemerkung

Die Zuständigkeit der Senate ergibt sich aus § 14 Abs. 1 bis 3 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG) und den Beschlüssen des Plenums des Bundesverfassungsgerichts nach § 14 Abs. 4 Satz 1 BVerfGG vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 2492) und 4. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2961).

B. Erster Senat

Beschlüsse des Ersten Senats vom 20. November 2007

1. Geschäftsverteilung des Senats

I.

Die verfahrenseinleitenden Anträge werden

1. nach originären Sachgebieten und
 2. in einem Umlaufverfahren
- auf die einzelnen Richter verteilt.

II.

Zu I.1.

- a) Die Sachgebiete für jeden Richter ergeben sich aus der anliegenden Gesamtübersicht; zu den Sachgebieten gehören auch die Verfahren, in denen Rügen aus Artikel 19 Abs. 4, Artikel 101 Abs. 1 und Artikel 103 Abs. 1 GG überwiegen. Ist ein Richter für ein bestimmtes Grundrecht zuständig und wird in einem Verfahren überwiegend die Verletzung dieses Grundrechts gerügt, so ist ihm das Verfahren zuzuteilen. Die Zuständigkeit umfasst auch die in dem jeweiligen Sachgebiet anhängigen Verfahren aus den Vorjahren.
- b) Liegen in der Person des Berichterstatters Gründe gemäß §§ 18, 19 BVerfGG vor, wird aus dessen Kammer das dienstälteste Mitglied zum Berichterstatter bestellt.
- c) Wird ein Verfahren aus dem Allgemeinen Register nachträglich in das Verfahrensregister umgeschrieben (§ 61 Abs. 2 GOB-VerfG), ist für die Zuteilung die Fassung der Gesamtübersicht im Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens beim Leiter der Geschäftsstelle maßgebend.

Gesamtübersicht über die originären Sachgebiete

Vorsitzender des Senats Präsident Papier

- I. 1. Öffentliches Umweltschutzrecht,
2. Verfahren über Beeinträchtigungen von Grundstückseigentum (mit Ausnahme finanzieller Lasten), die sich auf öffentliches Recht stützen, soweit nicht die Dezernate BVR Eichberger oder BVR Schluckebier zuständig sind,
3. Recht des geistigen Eigentums,
4. Erbrecht.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVRin Hohmann-Dennhardt

- I. Familienrecht, einschließlich mit dem Familienrecht zusammenhängender Fragen des
— Namensrechts,
— Personenstandsrechts,
— Transsexuellengesetzes,
— Kinder- und Jugendhilferechts,
— Betreuungsrechts.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Hoffmann-Riem

- I. 1. Recht der freien Meinungsäußerung, Rundfunk- und Pressefreiheit — Artikel 5 Abs. 1 GG —,
2. Versammlungsfreiheit/Demonstrationsrecht — Artikel 8 GG —,
3. Allgemeines Persönlichkeitsrecht — Artikel 2 Abs. 1 GG —,
4. Recht des Datenschutzes,
5. Wettbewerbsrecht (UWG; GWB).
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Bryde

- I. 1. Arbeitsrecht (einschließlich betrieblicher Altersversorgung),
2. Recht der Arbeitnehmerüberlassung,
3. Mutterschutzrecht, soweit es nicht zum Sozialrecht gehört,
4. Vereinigungsfreiheit — Artikel 9 GG —,
5. Hochschulrecht (einschließlich Promotions- und Habilitationsrecht, nicht jedoch sonstiges Hochschulausbildungs- und Hochschulprüfungsrecht),
6. Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre — Artikel 5 Abs. 3 GG —,
7. Petitionsrecht — Artikel 17 GG —,
8. Bundeskindergeldgesetz.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Gaier

- I. 1. Recht der selbständig und vorwiegend persönlich ausgeübten Berufe, soweit es in den Verfahren (zumindest auch) um die Auslegung des Artikels 12 GG geht.
Solche Berufe sind:
a) die klassischen freien Berufe (z. B. Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten, Notare),
b) andere selbständig, vorwiegend persönlich ausgeübte Berufe (z. B. Makler, Hebammen, Landwirte, Handwerker),
2. Ausbildungs- und Prüfungsrecht (auch an Hochschulen, nicht jedoch im Rahmen des allgemeinen Schulrechts — vgl. Dezernat BVR Schluckebier —),
3. Wirtschaftsrechtliche Fragen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Eichberger

- I. 1. Steuerrecht,
2. Abgabenrecht (einschließlich Abgabenrecht von Verbänden),
3. Recht der Erschließung,
4. Baurecht,
5. Bodenrecht,
6. Enteignungsrecht,
7. Grundstücksverkehrsrecht,
8. Städtebauliches und Fachplanungsrecht (soweit nicht öffentliches Umweltschutzrecht),
9. Raumplanungsrecht,
10. Natur- und Landschaftsschutzrecht,
11. Städtisches Umlegungs- und Grenzbereinigungsrecht,
12. Flurbereinigungsrecht.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Schluckebier

- I. 1. Recht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit — Artikel 4 Abs. 1 und 2 GG —,
2. Schulrecht (einschließlich des Privatschulrechts — Artikel 7 GG — und einschließlich des Prüfungs- und Versetzungsrechts im Rahmen des Schulrechts, jedoch nicht Prüfungen für das Lehramt an Schulen),
3. Grundstücks- und unternehmensbezogene Vermögensfragen im Zusammenhang mit der Herstellung der Deutschen Einheit (insbesondere Vermögensgesetz, Investitionsvorrangsgesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, Sachenrechtsänderungsgesetz, Schuldrechtsänderungsgesetz, Landwirtschaftsanpassungsgesetz),
4. Gesellschaftsrecht, einschließlich Genossenschaftsrecht; Recht des Versicherungswesens; Bank-, Börsen- und Wertpapierrecht; Kreditrecht einschließlich des Rechts der Sicherungen, für alle Eingänge ab dem 25. April 2006.

- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVR Kirchhof

- I. Sozialrecht (soweit nicht die Dezernate BVR Bryde — Bundeskindergeldgesetz — und BVR Gaier — z. B. Kassenarztrecht etc. — zuständig sind).

- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

Zu I.2.

Soweit sich Verfahren nicht nach originären Sachgebieten zuteilen lassen, werden sie in Fortsetzung des durch Beschluss des Senats vom 9. August 1995 eingeführten Umlaufverfahrens zugeteilt. Maßgebend für die Zuteilung sind danach folgende Grundsätze:

- a) Die Zuteilung der eingehenden Umlaufverfahren richtet sich jeweils nach den Zuteilungszahlen des letzten Stichtages in folgender Weise:

Zunächst erhält der Richter, der zum vorigen Stichtag insgesamt (nach I.1. und 2.) die geringste Zahl von Verfahren zugeteilt erhalten hat, so viele Umlaufverfahren zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Anschließend werden die weiteren Umlaufverfahren in der Reihenfolge des Eingangs abwechselnd auf diese beiden Richter verteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Die weiteren Verfahren werden sodann unter diesen drei Richtern abwechselnd in der Reihenfolge des Eingangs zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist, und so weiter. Sind alle Richter einbezogen, wird die Zuteilung im Umlauf auf einen neuen Stichtag bezogen; dieser ist der Letzte des Monats, für den beim Ausgleich die Statistik vorliegt. Liegt nach dem Ende des Ausgleichs noch keine neue Statistik vor, werden die Umlaufverfahren bis zum neuen Stichtag unter allen Richtern in der bisherigen Reihenfolge gleichmäßig verteilt. Bei gleichen Zuteilungszahlen beginnt die Zuteilung jeweils mit dem dienstjüngeren Richter.

- b) Von diesem Verfahren sind das Dezernat Bundesverfassungsrichterin Hohmann-Dennhardt vollständig und das Dezernat Präsident Papier zu drei Vierteln ausgenommen, was bedeutet, dass bei der Zuteilung die auf das Dezernat Präsident Papier entfallenden Verfahren vierfach zählen.

- c) Mit dem Geschäftsjahr 2008 beginnt das Zuteilungsverfahren nicht von neuem, sondern es wird das nach dem letzten Stichtag des Vorjahres laufende Zuteilungsverfahren gemäß den vorstehenden Grundsätzen fortgeführt.

- d) Maßgebend für die Reihenfolge der Eintragung ist bei Umschreibungen aus dem Allgemeinen Register (§ 61 Abs. 2 GOBVerfG) der Eingang des Verfahrens beim Leiter der Geschäftsstelle; Entsprechendes gilt, wenn ein zunächst nach I.1. zugeteiltes Verfahren nachträglich im Umlaufverfahren zugeteilt wird. Im Übrigen bestimmt sich die Reihenfolge der Eintragung nach dem durch den Eingangsstempel ausgewiesenen Zeitpunkt. Gehen mehrere Sachen gleichzeitig ein, so entscheidet die alphabetische Reihenfolge, bezogen auf den Namen des Beschwerdeführers oder den Ortsnamen des Sitzes der Institution oder des Gerichts, bei gleichem Sitz zweier oder mehrerer Institutionen die Bezeichnung der Institution. Gehen zu einem im Umlauf zugeteilten Verfahren gleichzeitig oder später weitere tatsächlich oder/und rechtlich gleich gelagerte Verfahren ein, so sind auch diese dem für das erste Eingangsverfahren zuständigen Richter außerhalb der maßgeblichen Zuteilungsfolge zuzuweisen, selbst wenn er im Zeitpunkt der Zuteilung vom Umlaufverfahren ausgenommen ist.

Umlaufverfahren, in denen ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gestellt ist (Eilsachen), werden sofort zur Zuteilung vorgelegt und jeweils dem Berichterstatter zugeteilt, der im Anschluss an die bereits zugeteilten und die dem Senatsvorsitzenden zur Zuteilung vorliegenden Verfahren an der Reihe ist; das gilt auch dann, wenn vorher noch weitere Umlaufverfahren eingegangen, aber noch nicht zur Zuteilung vorgelegt worden sind. Die weitere Reihenfolge der Zuteilung bestimmt sich wieder nach den allgemein geltenden Vorschriften unter Berücksichtigung der zugeteilten Eilsachen.

- e) Liegen in der Person des Berichterstatters Gründe gemäß §§ 18, 19 BVerfGG vor, wird aus dessen Kammer das dienstälteste Mitglied zum Berichterstatter bestellt.

2. Kammern des Senats gemäß § 15a Abs. 1 und 2 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2008 werden gemäß § 15a Abs. 1 und 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: Präsident Papier
BVR Hoffmann-Riem
BVR Eichberger
2. Kammer: BVRin Hohmann-Dennhardt
BVR Gaier
BVR Kirchhof
3. Kammer: Präsident Papier
BVR Bryde
BVR Schluckebier

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten:

1. für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,
2. für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
3. für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer,

jeweils mit dem zuletzt genannten Mitglied beginnend, als Stellvertreter ein.

Jede der drei Kammern ist für die Verfassungsbeschwerden und die Entscheidungen nach § 81a BVerfGG aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig. Hinsichtlich der Verfassungsbeschwerden und der Entscheidungen nach § 81a BVerfGG aus dem Dezernat von Präsident Papier ist jedoch nur die 3. Kammer zuständig.

3. Ausschuss gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2008 werden in den Ausschuss gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG berufen:

BVRin Hohmann-Dennhardt
BVR Hoffmann-Riem
und als Stellvertreter
BVR Bryde
BVR Gaier.

Die Vertreter sind in der Reihenfolge zuständig, in der sie vorstehend aufgeführt sind.

4. Voruntersuchung gemäß § 38 Abs. 2, §§ 47, 54 Abs. 2 und § 58 Abs. 1 BVerfGG

Für die Durchführung der Voruntersuchung in den Fällen von § 38 Abs. 2, §§ 47, 54 Abs. 2 und § 58 Abs. 1 BVerfGG sind für das Geschäftsjahr 2008 in der Reihenfolge der Verfahren folgende Richter zuständig:

BVRin Hohmann-Dennhardt
BVR Hoffmann-Riem
BVR Bryde
BVR Gaier
BVR Eichberger
BVR Schluckebier
BVR Kirchhof.

Vertreter ist jeweils der in der Reihe folgende Richter.

C. Zweiter Senat

Beschlüsse des Zweiten Senats vom 13. Dezember 2007

1. Geschäftsverteilung des Senats

I.

1. In Verfassungsbeschwerdeverfahren nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4a und 4b GG (§ 13 Nr. 8a BVerfGG), in Verfahren der konkreten Normenkontrolle nach Artikel 100 Abs. 1 GG (§ 13 Nr. 11 BVerfGG) und in Verfahren über die Vereinbarkeit eines Beschlusses des Deutschen Bundestages zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit dem Grundgesetz auf Vorlage nach § 36 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (§ 13 Nr. 11a BVerfGG) erfolgt die Bestellung des Berichterstatters in Zuordnung zu den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten.
2. In den Verfahren der abstrakten Normenkontrolle nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2 GG (§ 13 Nr. 6 BVerfGG), der Vorlagen nach Artikel 100 Abs. 3 GG (§ 13 Nr. 13 BVerfGG) und der sonstigen Fälle nach Artikel 93 Abs. 3 GG (§ 13 Nr. 15 BVerfGG) orientiert sich die Bestellung des Berichterstatters an den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten und maßgeblich daran, welcher Richter angesichts der Geschäftslage das Verfahren gegenwärtig am wirksamsten fördern kann.

II.

In den übrigen Verfahrensarten erfolgt die Bestellung des Berichterstatters nach Maßgabe der aus Nummer II der Anlage ersichtlichen Verteilung.

III.

In Fällen der nicht nur kurzfristigen Dienstunfähigkeit oder der nachhaltigen Überlastung eines Richters kann abweichend von der unter den Nummern I und II geregelten Geschäftsverteilung ein anderer Richter zum Berichterstatter bestellt werden.

Anlage

Vorsitzender des Senats Vizepräsident Hassemer

- I. 1. Strafrecht, ohne Wehrstrafrecht,
2. Strafverfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist, einschließlich nachträglicher Bildung einer Gesamtstrafe,
3. Gnadensachen.
- II. 1. Verfahren nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2a, Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 6a, 6b BVerfGG),
2. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
3. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Broß

- I. 1. Parlamentsrecht, einschließlich der Vorlagen nach § 36 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (§ 13 Nr. 11a BVerfGG),
2. Staatskirchenrecht, einschließlich des Rechts der Dienstverhältnisse zu Religionsgesellschaften und des zugehörigen Disziplinarrechts,
3. Freiwillige Gerichtsbarkeit,
4. Ordnungswidrigkeitenrecht (ausgenommen Wiedereinsetzung),
5. Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft einschließlich einstweilige Unterbringungen nach § 126a StPO,
6. Wiederaufnahme des Strafverfahrens (4. Buch StPO) einschließlich der Rehabilitierungs- und Kassationsverfahren,
7. Zentralregistersachen,
8. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Europarecht von erheblicher Bedeutung sind, soweit bis zum 30. September 2005 als Berichterstatter zugeteilt.
- II. 1. Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Abs. 4 Satz 2, Artikel 93 Abs. 1 Nr. 3 und 4 GG (§ 13 Nr. 7 und 8 BVerfGG),
2. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organe betreffen.

BVRin Osterloh

- I. 1. Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht,
2. Abgaben- und Steuerrecht, einschließlich Verfahrensrecht,
3. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (mit den Aktenzeichen der Endziffern 8 und 9), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.
- II. Verfahren nach Artikel 18 GG (§ 13 Nr. 1 BVerfGG).

BVR Di Fabio

- I. 1. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG,
2. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Europarecht von erheblicher Bedeutung sind,
3. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Völkerrecht von erheblicher Bedeutung sind,
4. Auslieferungsrecht,
5. Klageerzwingungsverfahren,
6. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (Verfahren von Beschwerdeführern mit den Anfangsbuchstaben I, J und K),

7. Parlamentsrecht, einschließlich der Vorlagen nach § 36 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (§ 13 Nr. 11a BVerfGG), soweit bis zum 30. September 2005 als Berichterstatter zugeteilt.

- II. 1. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. Verfahren nach Artikel 100 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 12 BVerfGG),
3. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organe betreffen, soweit bis zum 30. September 2005 als Berichterstatter zugeteilt.

BVR Mellinghoff

- I. 1. Parteienrecht,
2. Wahlrecht,
3. Materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht,
4. Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschnitt StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren,
5. Wehr- und Ersatzdienstrecht, einschließlich Unterhaltssicherungsrecht,
6. Wehrstrafrecht,
7. Verfahren in der Zuständigkeit des Zweiten Senats, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
8. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG, soweit bis zum 30. September 2005 als Berichterstatter zugeteilt.
- II. 1. Verfahren nach Artikel 21 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 2 BVerfGG),
2. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), sofern sie den verfassungsrechtlichen Status politischer Parteien oder das Wahlrecht betreffen,
3. Verfahren nach Artikel 41 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 3 BVerfGG).

BVRin Lübke-Wolff

- I. 1. Asylrecht (Asien ohne Türkei, Syrien, Irak sowie GUS-Staaten),
2. Asylrecht, soweit bis zum 31. Dezember 2006 als Berichterstatter zugeteilt,
3. Maßnahmen im Vollzug von
 - a) Untersuchungshaft,
 - b) Strafhaft,
 - c) Unterbringungen,
 - d) sonstigen Freiheitsentziehungen,
4. Staatsangehörigkeitsrecht.
- II. Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Gerhardt

- I. 1. Asylrecht (soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist),
2. Ausländerrecht,
3. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (mit den Aktenzeichen der Endziffern 6 und 7), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
4. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (mit den Aktenzeichen der Endziffern 5, 58, 68, 78, 88, 98, 9 und 0, soweit bis zum 31. Dezember 2006 als Berichterstatter zugeteilt),
5. Berufs- und Ausbildungsrecht.
- II. 1. Verfahren nach Artikel 61 GG (§ 13 Nr. 4 BVerfGG),
2. Verfahren nach Artikel 98 Abs. 2 und 5 GG (§ 13 Nr. 9 BVerfGG).

BVR Landau

- I. 1. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (mit den Aktenzeichen der Endziffern 0, 1, 2, 3, 4, 5), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. Recht des öffentlichen Dienstes, einschließlich Verfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
3. Personalvertretungsrecht,
4. Berufs- und Ehrengerichtsbarkeit,

5. Aus dem Strafverfahrens- und Ordnungswidrigkeitenrecht: Wiedereinsetzung,

6. Privat- und Nebenklage.

II. Verfahren nach Artikel 126 GG (§ 13 Nr. 14 BVerfGG).

2. Kammern des Senats
gemäß § 15a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2008 werden gemäß § 15a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: Vizepräsident Hassemer
BVR Di Fabio
BVR Landau
2. Kammer: BVR Broß
BVRin Lübke-Wolff
BVR Gerhardt
3. Kammer: BVR Broß
BVRin Osterloh
BVR Mellinshoff

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten

- a) für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
- b) für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer,
- c) für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,

jeweils mit dem dienstjüngsten Mitglied (§ 8 der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts) beginnend, als Stellvertreter ein.

Die 1. Kammer ist für die Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig.

Die 2. Kammer ist für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus dem Dezernat des Richters Broß mit Ausnahme des Rechtsgebietes der Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft (I. 5.) und aus den Dezernaten der Richterin Lübke-Wolff und des Richters Gerhardt für alle Rechtsgebiete zuständig.

Die 3. Kammer ist für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus dem Dezernat des Richters Broß hinsichtlich des Rechtsgebietes der Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft (I. 5.) und aus den Dezernaten der Richterin Osterloh und des Richters Mellinshoff für alle Rechtsgebiete zuständig.

3. Ausschuss gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2008 werden in den Ausschuss gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG berufen:

BVR Broß
BVRin Osterloh
und als Stellvertreter
BVR Di Fabio
BVR Mellinshoff.

Die Vertreter sind in der Reihenfolge heranzuziehen, in der sie vorstehend aufgeführt sind.